

Wir sind eins und doppelt!

Walldorf wird 300.

Kommt ein 15jähriger aus der Schule, fragt: „Kennste deen? - Was hat en Walldorfer un e weiß Hemd gemeinsam?“ „Waas isch net!“ „Ei mit enem weiße Hemd kannste dich iwverall sehe lasse!“

Nächster Tag im Rathaus Walldorf. Fragt einer (auch noch ein Stadtrat): „Kennste deen? - Was hat ein Mörfelder un e weiß Hemd gemeinsam?“ Pause. „Ei mit enem weiße Hemd kannste dich iwverall sehe lasse!“

Lang lebe das Gefrozze! Allzu ernst sollte man es aber nicht nehmen, auch wenn „Kerweborsch“ ab und zu tief in diese Kiste greifen.



Walldorf wird 300.

Jetzt werden sie wieder verstärkt erzählt, die Berichte von den alten Keilereien an den Nußbäumen, zwischen den Jugendlichen aus Mörfelden und Walldorf. Sie leben, diese Geschichten, werden weitergetragen und ausgeschmückt.

Walldorf wird 300.

Anlaß auch, das eine oder andere ernsthaft zu bereden. Sicher war das Leben der Mörfelder vor 300 Jahren auch nicht einfach. Der 30jährige Krieg, Mord und Totschlag waren noch nicht ver-

gessen, der Hunger in den armseligen Dörfern gegenwärtig. Der Sandboden gab nicht viel her für die knapp 500 Menschen, die im Dorf Mörfelden ve-



getierten. Aber wie hart war das Leben erst für die Menschen, die man wegen ihres Glaubens vertrieben hatte? Es waren französisch sprechende Protestanten, denen man „beym Gundthof“ ein wenig Land zuwies und die versuchten, in der „Wüstenei“ Fuß zu fassen.

Das „singulare Volk“ schaffte es. Auch die Mörfelder haben davon profitiert. Der Waldenser Henri Arnaud verteilte 1702 die ersten Saatkartoffeln, und der Walldorfer Arzt Dr. Hans Hoffmann brachte Anfang dieses Jahrhunderts die ersten Spargel.

Walldorf wird 300.

Mörfelden ist „e bißje“ älter, die Erstnennung stammt aus dem Jahre 830. Beiden ist eines gemeinsam: In beiden Kommunen lebten arme Leute, kein gutes Bauernland, keine Handelsmetropole, keine großen Fachwerkhäuser. Viele Kinder in kleinen Häusern. Ein wenig besser wurden die Verdienstmöglichkeiten als die Eisenbahn kam. Mörfelden und Walldorf erhielten 1878/79 so etwas ähnliches wie einen Bahnhof. Es waren bessere Baracken, hat-

ten aber ein „Bureau“, heute gibt's Bahnhöfe, aber nur mit Automaten, die nicht immer funktionieren. In den Jahren 1921/22 kam die Elektrizität in die Dörfer, eine Voraussetzung, damit wir heute die „Lindenstraße“ gucken können.

Vor über 100 Jahren gründeten in Mörfelden und Walldorf die Arbeiter eine Zahlstelle der Bauarbeiter-Gewerkschaft. Die Walldorfer zuerst, am 1. Mai 1897, die Mörfelder am 22. August 1897. Die Sozialdemokraten organisierten sich, nach dem ersten Weltkrieg die Kommunisten.

Wie überall erlebten auch in Walldorf und Mörfelden die Familien



furchtbares Leid, wenn die Gefallenemeldungen in den Kriegen in die Häuser kamen. Das sollte man auch hier erwähnen, vor allem in Zeiten, in denen man uns wieder an „Auslandseinsätze“ gewöhnen will.

Walldorf wird 300.

Was gab es noch für bewegende Tage? Na, zum Beispiel das Jahr 1977, als Walldorf und Mörfelden aufhörten, als selbständige Kommunen zu existieren.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 1

Beinahe hätten die Bürokraten „weiter oben“ auch noch die Städtenamen getilgt. Die Fusionsbetreiber erwarten die „gebaltete Finanzkraft“ davon ist heute auch nix geblieben.

Bemerkenswert auch der gemeinsame Kampf der Mörfelder und Walldorfer gegen die Startbahn-West. Da sind wir uns eigentlich so richtig nahe gekommen. Unvergessen die „Küchenbrigade“ aus Walldorf. Heute würde „Mona Lisa“ über sie berichten.

Man muß eigentlich hoffen, daß von diesem kämpferischen Geist nicht alles verschwunden ist. Er wäre heute bitter notwendig.

Dazu ein paar Zahlen: Zur Startbahnzeit hatten wir im Jahr 220.000 Flugbewegungen, 1997 waren es 397.000, 1998 schon 415.000, und nun strebt man 800.000 an.

Wo bleibt da der Aufschrei, ihr Merfelder un Wallderfer?

Walldorf wird 300.

Im Jahre 1815 hat sich die deutsche Sprache endgültig in Walldorf durchgesetzt. Jetzt verstanden sich Mörfelder und Walldorfer besser. Junge Leute sprachen von Liebe oder sagten einfach: „Isch honn disch geern“.

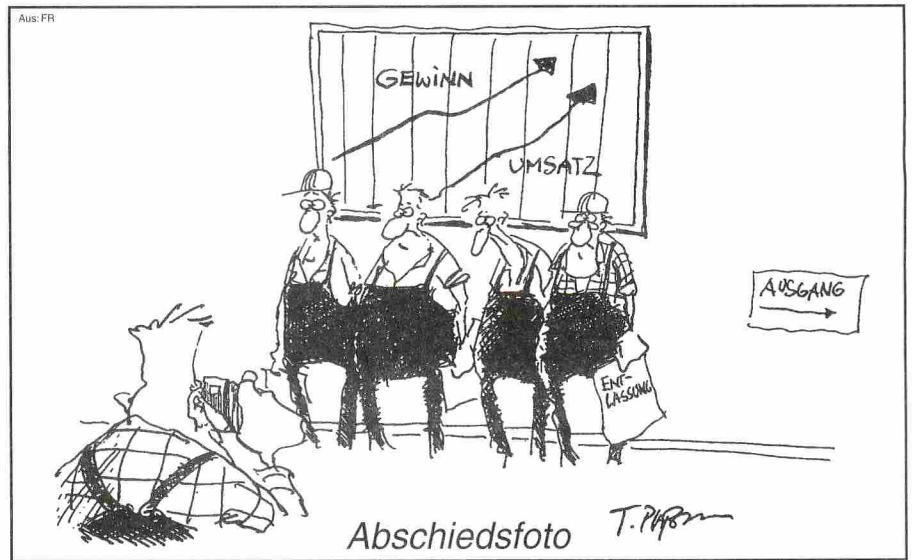
Wallderferisch und Merfelderisch war übrigens immer leicht verschieden. Die Mörfelder „honn“ die Walldorfer „hunn“. Aber das geht gerade auch zu Ende. In fünfzig Jahren wird es wohl aus sein, mit dem Dialekt. Schade, aber nicht zu ändern.

Aber heute schreiben wir erst mal das Jahr 1999 - das Jubiläumsjahr. Wir haben in unserer Stadt vieles doppelt - z.B. die Feuerwehr, das Heimatmuseum, das Rathaus. Aber wir sollten nicht sagen, „das ist ein Walldorfer Jubiläum“, sondern, „wir feiern gemeinsam“.

Goethe schrieb über seinen Ginkgo-Baum:

*„Ist es ein lebendig Wesen,
Das sich in sich selbst getrennt?
Sind es zwei, die sich erlesen,
Daß man sie als eines kennt?
Solche Fragen zu erwidern
Fand ich wohl den rechten Sinn:
Fühlst du nicht an meinen Liedern,
Daß ich eins und doppelt bin?“*

Unsere Stadt heißt heute Mörfelden-Walldorf. Aber es gibt sie noch, die Eigenheiten, und das ist gut so! Wir sind eins und doppelt. Rudi Hechler



Die Arbeitslosenquote liegt bei 10,2%, es gibt Ende Mai also immer noch fast 4 Millionen offiziell gemeldete Arbeitslose. Das Lehrstellen-Sofortprogramm der Bundesregierung hat kaum etwas gebracht. Der DGB erklärt: Die Chancen der Schulabgänger, einen Arbeitsplatz zu bekommen, haben sich entgegen der Behauptungen von Industrie, Handwerk und Politik nicht grundlegend verbessert. Für je 100 Jugendliche stehen derzeit nur 72 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Das Buhlen Schröders bei der Großindustrie brachte nichts. Die Gewerkschaftsforderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe bleibt wichtiger Tagesordnungspunkt.

**„Wenn dich deine Feinde loben,
hast du etwas falsch gemacht.
Tadeln sie dich, dann bist du
auf dem richtigen Wege.“**

August Bebel

An diese Zeilen des Gründers der SPD muß man denken, wenn man jetzt liest, von wem Gerhard Schröder gerade gelobt wird. Der FDP-Vorsitzende ist begeistert, Olaf Henkel vom BDI sieht die „richtige Richtung“, Dieter Hundt vom BDA findet Schröder „bemerkenswert“.

Um was geht's? Schröder und Blair haben ein Papier veröffentlicht, das so ziemlich alles übertrifft, was man vom „Automann“ Schröder erwartet hat. Das Verständnis dessen, was „links“ sei, dürfe „nicht ideologisch eingengt werden, fordern Schröder und Blair. „Links“ ist für sie auch, gute Bedingungen für die Wirtschaft zu schaffen, bei der „notwendigen Kürzung der staatlichen Aufgaben“ den öffentlichen Sektor „radikal“ zu modernisieren. Die Linke müsse „eine neue angebotsorientierte Agenda formulieren und umsetzen“.

Eine ganze Zeitungsseite voll mit ähnlichem Aussagen. Banales und Unausgegorenes. Die SPD soll umgekrempelt werden. Eine „Techno-SPD“

ist angepeilt. Was dabei herauskommt? Eine totale Kapitulation linken Denkens wird deutlich, und so sehen es im Grunde alle Gewerkschaften und viele Sozialdemokraten. Viel ist im Grundsatzzapier von Dynamik, Flexibilität und Kreativität in der Arbeitswelt die Rede. Erstmal richtig losgelassen, entstehen scheinbar Wachstum, soziale Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung quasi automatisch. Es bedarf dazu nur eines modern gesinnten Staats-Steuermannes, der alten Sozialballast über Bord wirft und Kurs nimmt auf diese schöne neue Welt.

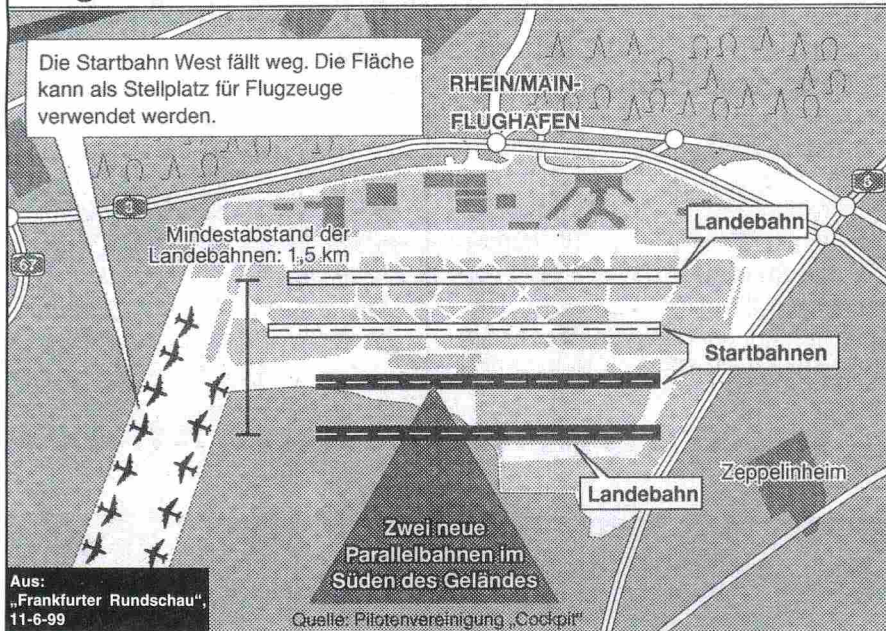
So einen Schwachsinn erzählen CDU und FDP schon lange. Dafür braucht man keine SPD. Die Europawahlergebnisse sollten SPD-Mitglieder nachdenklich machen. Mal sehen ob sich die Sozialdemokraten unserer Stadt zu jenen gesellen, die Protest anmelden, oder ob sie weiter meinen, Gerhard Schröder sei „ihr“ Mann? rh

**Jede Mark hilft dem
»blickpunkt«!**

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553



Flughafen: Plan für vier Parallelbahnen



Umland soll verschaukelt werden!

Nach neuesten Informationen steht der Flughafenregion eine große Desinformationskampagne bevor. Devise: Wer reich ist, ist einflußreich! Dann kann man sich alles kaufen - auch „Meinungen“.

Die Lufthansa startet eine „breit angelegte Kommunikationsoffensive“ mit einer Anzeigenkampagne und einer neuen Zeitung „Wir in Rhein/Main“, die FAG versucht mit einem Meinungsforschungsinstitut nachzuweisen, daß sich die Zahl der Ausbaubefürworter deutlich erhöht hat. Viele der Befragten, die dabei sagten, „der Flughafen muß ausgebaut werden“ haben noch niemals ein niedrigfliegendes Flugzeug über dem eigenen Hausdach erlebt.

Diese Kampagnen kosten Millionen, denen die Bürgerinitiativen nur ihr Engagement entgegensetzen können.

Mit diesen Meldungen einher gehen die FAG-„Erfolgsgeschichten“: Für 1999 erwartet man über 430.000 Flugbewegungen - man will jetzt bald 140 Flugbewegungen in der Stunde. Für die Bevölkerung des Umlandes heißt das: Noch mehr Krach bei Tag und Nacht; bei einer neuen Bahn - weitere Waldverluste; Rückgang der Lebensqualität in der Flughafenregion.

Daran sollte man denken, wenn man jetzt die Verdummungs-Kampagnen der Lufthansa und der FAG auf uns losläßt.

Perverse Pläne

Die Vereinigung Cockpit schlägt für den Frankfurter Flughafen eine Großplanung wie in Atlanta vor. Vier Parallelbahnen denkt man sich, das Gelände der Startbahn West soll Stellplatz für Flugzeuge werden. 700.000 jährliche Flugbewegungen seien damit zu schaffen. Cargo-City würde abgerissen, weitere 300 ha Wald abgeholzt, Zeppelinheim und der Norden Walldorf würden unbewohnbar. Was muß in solchen Gehirnen vorgehen, die solche Pläne produzieren? An die hier wohnenden Menschen denkt man natürlich nicht. Die FAG wiegelt ab, hat aber eigene Pläne, die bis zu 800.000 Flugbewegungen bringen sollen: erstmal die Nordbahn und dann Erbenheim.

Was noch? Außer von der Bürgerinitiative gibt es kaum Proteste. Die SPD rings um den Flughafen ist eingeknickt und versucht immer noch die Mediation als eine hilfreiche Runde zu deklarieren. Bleibt die Prognose: wenn der Widerstand gegen diese Pläne nicht wächst, wird alles so kommen, wie man es in den Vorstandsetagen plant. Man sollte sich wirklich bald daran erinnern: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“ Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Wer bezahlt „bekommt Recht“

Die Flughafen AG hat eine Studie bezahlt die Start- und Landekapazitäten untersucht.

Das Bündnis der Bürgerinitiativen hat sich ausführlich mit den Originalunterlagen der Studie befaßt und die deutsche Zusammenfassung und Interpretation der Flughafen AG in einem ersten Schritt bewertet.

Festzustellen ist: Die im Rahmen des sog. Frankfurter Verfahrens (Mediati-

on) von der Flughafen AG bestellte Studie bestätigt dem Auftraggeber seine Ausbauwünsche.

Die der Presse vorgestellten „Ergebnisauswertung“ ist eindeutig eine Manipulation der Öffentlichkeit.

Suggestiert werden soll: die FAA-Studie belege, die enorme Zunahme des Fluglärms würde nur Wenige betreffen. Fakt dagegen ist, daß bei einer Nordbahn mindestens 180.000 Menschen zusätzlich durch Fluglärm belastet werden (siehe Lärmschutzbericht „Laut ist out“ des Umlandverbandes Frankfurt). Weitere Täuschung: die

FAG geht bei Ihrer „Berechnung“ der Betroffenheit durch Fluglärm von Grenzwerten von 62/67 dB(A) aus. Nach der Neufestsetzung der Lärmschutzgebiete durch den Regionalen Raumordnungsplan (RROP) werden jedoch zukünftig 60/65dB(A) als Grenze der Zumutung des Lärm festlegt.

Die von der FAG „positiv“ bewertete Nordbahn-Variante bedeutet einen Koordinationseckwert von bis zu 139 Maschinen pro Stunde (heute 80), über 2000 Flugzeuge pro Tag (heute 1115) und bis zu 800.000 Maschinen im Jahr (1998: 415.000). Noch Fragen?

Das 630-Mark-Gesetz

Derzeit findet eine unsägliche Medienkampagne gegen die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse statt.

Arbeitgeberverbände entrüsten sich und rufen mittlerweile zum Zahlungsboykott der Sozialversicherungspauschale auf. Konservative und neoliberale PolitikerInnen wollen den alten Zustand wieder herstellen - sie, die dafür verantwortlich sind, daß es in diesem Land bis zu 5,6 Millionen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ohne Sozialversicherung gibt. Nach der alten Regelung haben die Unternehmer bundesweit rund 12 Milliarden DM an Sozialversicherungsbeiträgen eingespart. Alleine in Hessen sparte beispielsweise das Unternehmen Tengelmann 2,27 Millionen DM Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitgeberanteil). Den Sozialkassen fehlen somit 4,54 Millionen DM. Bei der stattfindenden Kampagne geht es dem Kapital vor allem um das Ziel, für die 630-DM-Jobs auch zukünftig keine Beiträge an die sozialen Sicherungssysteme abzuführen.

Auch die Presse beteiligt sich massiv an der Stimmungsmache gegen die neuen Regelungen. Da ist zu lesen, daß ZeitungsausträgerInnen, ÜbungsleiterInnen, Reinigungskräfte jetzt gezwungen sind, ihren 630-Mark-Job aufzugeben.

Es ist richtig, daß die neuen Regeln zum Teil erhebliche Mängel haben. Für die Beschäftigten bleiben in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, sowie beim Rentenanspruch Nachteile bestehen.

So haben Frauen, die ihre geringfügige Beschäftigung verlieren, auch weiterhin weder Anspruch auf Arbeitslosengeld bzw. -hilfe, noch auf Qualifizierungs- oder Umschulungsmaßnahmen durch das Arbeitsamt. Das wäre aber wichtig, um die Chancen auf einen qualifizierten und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz zu erhöhen. Aber darüber wird wenig geschrieben. Es ist schon unverschämt, jetzt lesen zu müssen, daß angeblich zwischen 150.000 und 700.000 Arbeitsplätze durch die Neuregelung verloren gehen.

Tatsache ist vielmehr, daß in den letzten Jahren Teilzeit auf Kleinstundenvolumen reduziert wurde und somit auf geringfügige Beschäftigung. Das war Arbeitsplatzabbau!

Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben sind es zudem leid, für ihre Überstunden Steuern zu zahlen, während andere steuerfrei nebenbei Taschengeld verdienen.

Sie sind es auch leid, ihren teilzeitbeschäftigten KollegInnen erklären zu müssen, warum sie für die gleiche Arbeit netto sehr viel weniger verdienen, als die geringfügig beschäftigte Kollegin.

Das neue 630-Mark-Gesetz ist nur ein kleiner Ansatz in Richtung mehr Gerechtigkeit.

Die jüngste Entwicklung läßt vermuten, daß Bundeskanzler Schröder vor denjenigen einknickt, die jede soziale Absicherung und das Solidarprinzip abschaffen wollen. Helga Fritz

Süffisant

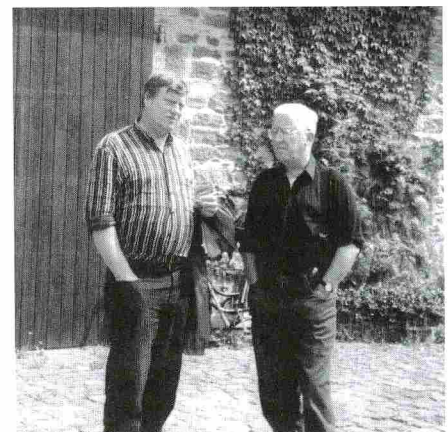
Die „Schwarze Rose“ der CDU-Frauenunion bot wieder eine Veranstaltung und viele kamen. Wohltätigkeitsball nennt man diese Tanzveranstaltung mit Modenschau. Ein Männerstrip sollte der Höhepunkt sein. Doch „das ist die Höhe“, empörten sich die Verantwortlichen und gaben sich ob der vielen unverhüllten Männerhaut in Badeschaum recht zugeknöpft. Während allenthalben entblößt Frauen über Bildschirm und Leinwand huschen, durften Männer das nicht. Wie ist denn das mit der Emanzipation? rd



Gäste bei der DKP

Aus Walldorf in Thüringen und aus Heidenau in Sachsen waren PDS-Stadtverordnete zu Gast bei der DKP unserer Stadt. Mathäus Hildebrandt aus Walldorf (rechts) übermittelte uns eine Grußadresse zur 300 Jahrfeier in der es u.a. heißt: „Uns verbindet nicht nur die Namensgleichheit uns verbindet mehr . . . Ihnen allen und allen Bürgern Walldorfs wünschen wir für die Zukunft eine recht fruchtbringende Arbeit zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger.“

Die Freunde aus Heidenau bei Dresden waren zum zweiten Mal in Mörfelden-Walldorf. Dabei waren die Kommunalpolitiker Hans Beyer, Dr. Günter



Wild, Dieter Heerklotz, Elke und Werner Exner. Dr. Wild schrieb uns u.a.: „Ich bin nach wir vor stark beeindruckt von dem, was ihr auf die Beine gebracht habt und immer wieder bringt.“

Müllberge wachsen, Kosten steigen

Die Mengenbilanz der Abfallwirtschaft liegt aktuell vor und gibt zu Hoffnungen auf Lösung der Probleme keinen Anlaß.

Als erstes wird festgestellt, daß die Müllmenge um 1,6% höher als 1997 ist. Dagegen ist es gelungen, durch Getrenntsammlung die Recyclingquote zu erhöhen. Ca. 58% des anfallenden Mülls werden separat entsorgt. Ein großer Teil des getrennt eingesammelten Abfalls wird wie der Restmüll verbrannt. Recycling heißt eigentlich Wiederverwertung; nicht unbedingt gleichzusetzen mit Wiederverwendung. Wichtig und ärgerlich für den Bürger ist: Obwohl mehr getrennt gesammelt wird, steigen die Entsorgungskosten. Der Anreiz zur Müllvermeidung ist nicht gegeben, und die vielen Mülltonnen, die Vorschriften und Verordnungen, die Satzung überfordern die Bürger. Sie werden der Sache überdrüssig und verhalten sich entsprechend. Die Gesetze zwingen andererseits die Kommunen zum Handeln. Die Verbrennung wird vorgeschrieben, damit die Kosten in die Höhe getrieben. Dazu kommt das hausgemachte Problem der Verbrennung in Darmstadt anstatt in billigeren Anlagen, z. B. in Frankfurt.

Für die zweite Jahreshälfte 1999 plant die Verwaltung eine drastische Gebührenerhöhung, weil die Rücklagen aus früher zuviel gezahlten Gebühren aufgebraucht sind. Allein die innerstädt. Organisation der Einsammlung reicht nicht aus, um das Defizit aufzufangen. Bisher wurde die Müllgebühr allein an der Restmülltonne gemessen. Durch neue und kleinere Tonnengröße ist das Gebührenaufkommen aber zurückgegangen.

Da die Müllentsorgung keine klassische Sozialleistung ist, will man die Kosten auf die Nutzer gerecht verteilen. Die Nutzer sind aber nicht nur die Bürger, bei denen der Abfall anfällt, sondern die, die den Abfall produzieren und sich nachher noch goldene Nasen an der Beseitigung verdienen. Wie sollen sich die Stadtverordneten verhalten? Akzeptieren sie höhere Gebühren oder sehen sie die weitere Belastung der Bürger als nicht mehr akzeptabel an? Bewirkt eine Ablehnung die billigere Entsorgung durch den Kreis Groß-Gerau (z. B. günstigerer Vertrag mit der ZAS = Verbren-

nungsanlage Darmstadt)? Ist ein Nein gar Anlaß für die Landes- und Bundesregierung andere Gesetze zu schaffen? Ohne Kampf gegen die Müllindustrie und ihre Helfer in den Parlamenten wird es nicht gehen.

Tartanbahn im SKV-Stadion

Unsere Stadt mit dem „doppelten Lottchen“ zu vergleichen, ist angebracht. Fast alles gibt es doppelt: die Friedhöfe, die Feuerwehren, die Trauzimmer, die Rathäuser, die Museen . . . Und wird in einem Stadtteil saniert oder gebaut, schauen die anderen kritisch und fordern für ihren Stadtteil ebenfalls Investitionen. Auch nach über 20 Jahren Doppelstadt hat sich dieses Stadtteildenken nicht verloren. Jüngstes Beispiel ist die Absicht der SKV, ihr Stadion zu sanieren und in diesem Zuge eine Tartanbahn zu installieren. Dazu soll die Stadt Zuschüsse nach den Richtlinien gewähren. Nachdem der Mörfelder Großverein die Anträge an Land und Kreis stellte, wollte auch die Walldorfer TGS eine Kunststofflaufbahn. Und da dies auf ihrem Sportplatz aus Platzgründen nicht geht, sollte an der Gesamtschule in einem künftigen Sportpark eine solche entstehen.

Der Stadtverwaltung, insbesondere dem Sportdezernenten und Kämmerer (ein Walldorfer), war dies natürlich recht. Einmal berief er sich auf den Sportstättenentwicklungsplan und andererseits verwies er auf die Ersatzinvestition für den Kickersportplatz (wenn die Südumgehung und die Sportplatzvariante zu Tragen kämen). Zudem wären für lange Zeit die städt. Zuschüsse gespart.

Die stichhaltige Argumentation des SKV-Vorsitzenden im Sportausschuß war dafür ausschlaggebend, daß Vordran Einlenken signalisierte: Der Sportstättenentwicklungsplan könne auch modifiziert werden. D. h., an der Gesamtschule muß es keine Tartanbahn geben. Ob die Südumgehung gebaut und ob sie dann über den Sportplatz führt, steht in den Sternen. Bis dahin ist ein Sportpark zwischen den Stadtteilen Illusion. Die Vernunft, das SKV-Stadion zu sanieren und mit Tartanbahn zu versehen, scheint sich durchzusetzen.

Auswirkungen der schwarzen Landesregierung

Energieeinsparung paßt nicht unbedingt ins ideologische Weltbild der CDU. Nicht nur mit dem Slogan „freie Bürger, freie Fahrt!“ wird Spritverbrauch und Schadstoffausstoß hochgetrieben. Jüngst teilt die Landesregierung aus Wiesbaden mit, daß künftig die Förderung solarthermischer Anlagen unterbleibt. Grund ist der etappenweise Rückgang der Grundwasserabgabe, aus dessen Topf auch die Energieeinsparförderung finanziert wurde. Das bedeutet, daß künftig kein Eigenheimbesitzer investiert. Denn nur mit der öffentlichen Förderung konnte die Investition kostendeckend arbeiten. Entsprechende Fabrikations- und Installationsbetriebe werden mit Rückgang der Beschäftigtenzahlen reagieren. Der Energieverbrauch zur Warmwasserbereitung geht nicht zurück, ebenso der Schadstoffausstoß. Verpflichtungen in Rio und Sonntagsreden halten ist eine Sache, die Politik vor der Haustür eine andere.



DER KRIEG UND DIE FOLGEN



Der Krieg scheint vorbei. Das Bomben hat aufgehört. Die Jugoslawen zogen sich zurück. Die Flüchtlinge schöpfen Hoffnung. Nato- und andere Truppen besetzten den Kosovo. Rußland ließ sich von der Nato nicht demütigen - seine Armee zog als erste in Pristina ein.

Kann man Aufatmen und zur Tagesordnung übergehen? Sicher nicht. Man muß versuchen aufzuarbeiten und Lehren zu ziehen.

Dabei darf nicht vergessen werden: Zum ersten Mal nach 1945 gab es einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Nato und deutsche Truppen waren dabei. Auch dabei eine von Sozialdemokraten und Grünen gebildete Regierung.

Die Bilanz nach zwei Monaten Bombenkrieg: Die Nato flog vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 35.219 Einsätze. 12.000 Tonnen Explosivstoff wurden abgeworfen. Das Ausmaß aller Schäden ist noch lange nicht bekannt. Nach westlichen Schätzungen wurden 5000 Menschen in Jugoslawien getötet. Dabei sind ca. 2000 tote Zivilisten, 6000 Verwundete. Es gibt Wirtschaftsschäden von ca. 100 Milliarden Dollar. Mehr als 800.000 Menschen wurden vertrieben oder mußten fliehen. Albaner, Serben und andere Volksgruppen. Sie flohen vor den Serben, vor den Bomben, vor der UCK. Viele fliehen jetzt erneut aus dem Kosovo nach Jugoslawien.

Das Leid der Vertriebenen, das Elend in den Flüchtlingslagern, die von den Bomben zerfetzten Menschen, die Verzweiflung ihrer Hinterbliebenen dürfen nicht vergessen werden.

Menschliches Leid in unmenschlichen Zahlen. Industrie und Infrastruktur im Land sind zerbombt. 60 Fabriken, die gesamte petrochemische Industrie, der größte Teil der Energieerzeuger, 50 Brücken, eine Unzahl von Straßen, touristische Anlagen, ja sogar viele Wälder und landwirtschaftliche Produktionsflächen sind nach zwei Monaten dem Luftkrieg der NATO zum Opfer gefallen.

Es wurde Kassettenbomben eingesetzt und „verbotene“ Uranmunition. Es wurden so viele Cruise Missiles verschossen, daß sie knapp wurden.

Das Erziehungswesen ist zusammengebrochen. Universitätszentren in Nis, Pristina, Novi Sad und Belgrad sind dem Erdboden gleich gemacht worden. Über 300 Schulen stürzten nach Angriffen in sich zusammen. Acht Spitäler mußten nach Bombentreffern ganz oder teilweise geräumt werden. Darunter das Sanatorium in Surdulica sowie Krankenhäuser in Aleksinac, Pristina, Pancevo und das Dragisa-Misovic-Spital in der Hauptstadt Belgrad. Die berühmteste Herzklinik des Landes in Sremska Kamenica ist durch die Zerstörung der drei Brücken in Novi Sad von ihren Patienten in Serbien abgeschnitten. 50.000 Patienten sind von den, durch Graphitbomben verursachten Stromausfällen, gesundheitlich betroffen, 9500 von ihnen liegen auf Intensivstationen.

Anlaß zur besonderen Sorge bietet auch die ökologische Dimension der NATO-Bombardements. Mittlerweile sind die Auswirkungen: verseuchtes Wasser, giftige Niederschläge und verpestete Luft, die insbesondere den

Bränden in der Raffineriestadt Pancevo geschuldet sind, in so gut wie allen Nachbarländern zu spüren. Es gibt eine grenzüberschreitende Vergiftung in Bulgarien, Ungarn, Rumänien und der Ukraine.

Jetzt soll wieder aufgebaut werden. Die internationalen Baukonzerne reiben sich die Hände. Die Kosten des Krieges und die Kosten des Wiederaufbaues bezahlten hier und in anderen Ländern das Volk.

Die Friedensforscher sagen: die NATO-Luftangriffe waren die schlechteste aller Lösungen für den Kosovo-Konflikt. Ab Herbst 1998 bemerkte man „eine humanitäre Katastrophe“: 50.000 Menschen waren in Kosovo vor den Schrecken des Bürgerkrieges aus ihren Dörfern geflohen. Heute, nach dem NATO-Eingreifen, haben wir eine humanitäre Katastrophe in der Größenordnung von über einer Million Menschen. Das ist eine Multiplizierung des Problems als unmittelbare Folge einer falschen Handlungsweise der Nato.

Die NATO praktizierte im Kosovo-Konflikt ihre neue Strategie der weltweiten Interventionen auch ohne UNO-Mandat. Sie ist gescheitert. Milosevic wurde gestärkt. Die versprochene Verhinderung der humanitären Katastrophe ist nicht eingetreten. Die NATO hat sich auf den Weg zum Angriffsbündnis begeben, und mit dem Einsatz gegen Jugoslawien die rote Linie überschritten. Gelernt werden muß: Um einen komplexen ethnonationalen Konflikt erfolgreich eindämmen zu können bedarf es vieler Instrumente, von der politischen Krisenprävention bis zu Schlichtung und Vermittlung. rh

Bei den Ärmsten wird gestrichen

Die zahlen zu lassen, die am wenigsten haben, ist normal, zumindest in unserer Art von Ordnung.

Eine kleine Sonderheit ist es höchstens, wenn das eine sozialdemokratisch geführte Regierung macht und ein ehemaliger Gewerkschafter dazu die Vorlage gibt.

Finanzminister Eichel will bekanntlich 30 Milliarden DM zusammenkratzen. Und da bietet ihm nun Sozialminister Riester flugs an, die Renten nur halb so stark steigen zu lassen, wie sie nach den Tarifabschlüssen und dem Nettolohnanstieg zu steigen hätten. Es sei daran erinnert, daß die Bindung des jährlichen Rentenanstiegs an die Nettoeinkommen zu Kohls Zeiten ohnehin schon mal eine einschneidende

Verschlechterung der Lage der Alten war. Außerdem hat Riester dann noch die Kürzung der Beiträge des Bundes zur Sozialversicherung von Arbeitslosen im Angebot.

Man hat bislang wenig gehört, wer noch etwas wobei spart - aber die Rentner und die Arbeitslosen sind schon mal ausgeguckt worden. Da ist es beinahe nur noch am Rande bemerkenswert, daß die SPD einmal die erwähnte Kohl'sche unsoziale „Rentenreform“ rückgängig machen wollte. Sie ver-

schärft diese Art von Reform noch! Dabei kommen die Rechnungen erst noch - für Tornado-Einsätze, für Raketen, für Drohnen, für Besatzungssoldaten der Bundeswehr und für alles, was zu einem Angriffskrieg gehört.

Auf jährlich 1,3 Milliarden Mark für die nächsten fünf Jahre taxieren die Volkswirte der Deutschen Bank die Kosten für den Wiederaufbau des zerbombten Jugoslawien. Dazu kommen allein 1999 rund zwei Milliarden Mark für die sogenannte „humanitäre Hilfe“ und den Einsatz deutscher Soldaten. Der Wiederaufbau der gesamten Region wird nach ihren Berechnungen mindestens 30 Milliarden kosten.

Da kommen mit der gesamten Bevölkerung die Rentner und Arbeitslosen sowieso noch mal dran . . .

So ein Europawahlergebnis für die SPD hat halt dann Ursachen! Oder?



30-km-Forderung bleibt

Trotz einstimmigen Beschlusses der Stadtverordneten tut sich in Sachen Verkehrsberuhigung in unserer Stadt nichts. Brehl gab das auf Anfrage der DKP/OL-Fraktion zu und entschuldigte sich mit einer zu erwartenden Gesetzesankündigung aus Bonn. Nun weiß man mittlerweile, daß auf diesem Gebiet von oben nichts geschieht. Die Kommunen waren und sind ge-

fragt. Nur sie können wirkungsvoll gegen die Autoflut, die Raserei etwas unternehmen. Nun war die SPD tätig. Südlich der Jourdanallee in Walldorf startete sie eine Aktion für Tempo 30 in diesem abgeschlossenen Wohngebiet. Richtig so!

Aber anstatt werbewirksam vor der Europawahl das Herz für Kinder zu entdecken, sollte sie doch den kurzen Weg zu ihrem Bürgermeister wählen, der offensichtlich keiner ist, der in Sachen 30-km-Zonen und Fahrradwegen Druck macht.

Gut angelegtes Geld

Der Magistrat hat einen Bericht vorgelegt, der die Ausgaben der Stadt für Kinder und Jugendliche auflistet.

14,654 Mill. war der Stadt 1998 die Betreuung und Förderung des Nachwuchses wert. Eine beachtliche Summe; es war ca. eine halbe Mill. Mark mehr als in 1997. In diesem Betrag sind die Kosten der Kindergärten ebenso enthalten wie die Schulumlage, die Ferienspiele, Jugendzentren, Vereinsförderung, Jugendfahrten etc.

Darüber hinaus hat die Stadt eine Jugendbefragung in Auftrag gegeben, die Mängel an Angeboten und Einrichtungen ergründen soll.

Ob dies zu neuen Erkenntnissen und Schlußfolgerungen führt, wird sich weisen. Vielleicht werden auch Erwartungen geweckt, die nicht befriedigt werden können.

Daß es neue Erwartungen gibt, beweist eine Initiative von Jugendlichen, die per Unterschriftenliste Räumlichkeiten für die Altersgruppe ab 14 Jahren fordert. In einem Art Jugendcafé wollen die Initiatoren abseits der kommerziellen Gastronomie die Möglichkeit haben ihre Freizeit selbst zu gestalten. Ca. 450 Unterschriften wurden dem Bürgermeister überreicht. „Doch bis heute ist noch keine Reaktion zu spüren“, sagen die Jugendlichen.

Die DKP/OL-Fraktion richtete nun eine Anfrage an den Magistrat. Sie will wissen, welche Überlegungen mit welchen Ergebnissen angestrengt wurden, ein Jugendcafé einzurichten. Können Übergangslösungen in leerstehenden städt. Räumen (evtl. alte Polizeistation, Bürgerhaus...) angeboten werden? Gibt es überhaupt Kontakte mit der Jugendinitiative? Haben die Jugendlichen Wünsche/Vorstellungen dargelegt und wie sehen sie aus?

Die Jugend verträsten ist schädlich. Manche hängen rum oder vergnügen sich in anderen Städten der Umgebung. Darüber hinaus fördert Erfolglosigkeit Politikverdrossenheit. Wir sollten froh sein, daß Jugendliche aus der Null-Bock-Ecke ausbrechen wollen. rd

27.-29. 8. 1999
 Dortmund
 Revierpark
 Wischlingen

UZ 11
 Pressefest
 VOLKSFEST DER DKP

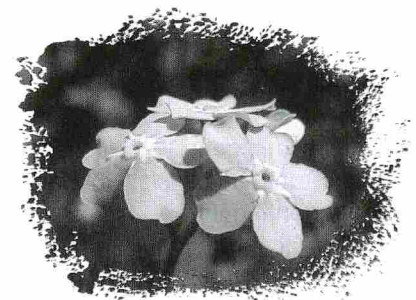
Stadtgeschichten



Waldorf, das in diesen Tagen seinen 300. Geburtstag feiert, war bis zum Ende des 19. Jahrhunderts überwiegend landwirtschaftlich geprägt. So gab es nach einer Statistik aus dem Jahre 1861 in der Gemeinde mit damals 800 Einwohnern 46 Bauern, 48 Tagelöhner, 31 Dienstboten, 23 Handwerksburschen, 5 Maurer, 5 Schlosser, 5 Schneider, 5 Schuster, 2 Schmiede, 2 Bäcker, 2 Leinenweber, 1 Schreiner, 1 Wagner und 1 Metzger. Die später entstandene Arbeiterschaft ging überwiegend aus den Tagelöhnern und den Handwerksburschen hervor. Auch die Landwirtschaft entwickelte sich oft zur Nebenerwerbs-Landwirtschaft. Am Tag ging der Mann einer oft 10 bis 14 stündigen Beschäftigung in einem der Industriebetriebe oder auf dem Bau in den nahegelegenen Städten nach, und abends bzw. am Wochenende wurden mit der ganzen Familie die Äcker bestellt. Ein alter Waldorfer meinte einmal scherzhaft über die finanzielle Situation seiner Mitbürger: „Früher waren die reicher, die viele Äcker hatten. Die anderen waren die Habenichtse. Später ging es denen, die sich nur auf den Äckern plagten schlechter als den Arbeitern und Angestellten. Die hatten sich inzwischen mit ihrer Gewerkschaft höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit erkämpft. Noch später ging es Ersteren wieder besser, denn ihre Äcker wurden zu Bauplätzen.“ Dies ist sicher nicht zu verallgemeinern und keine rein Waldorfer Erscheinung. Nur eines ist wahr, beide Bevölkerungsgruppen haben schwer gearbeitet. Das heutige Bild zeigt das zweispännige Kuhfuhrwerk der Familie Gellers in der Langstraße 75. Auf dem Wagen sehen wir Wilhelm Tron (Maurers Wilhelm) und daneben mit ihrem Fahrrad Luise Gellers geb. Wilker.



Unser Lexikon



Blimmelsche
Blümchen, Blümelein